

Politische Inhalte liken, teilen und im Internet lesen: Zum Begriffsverständnis von politischer Online- Partizipation

Legrand, Marie; Kessler, Sabrina Heike; Eisenreich, Camilla

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Legrand, M., Kessler, S. H., & Eisenreich, C. (2019). Politische Inhalte liken, teilen und im Internet lesen: Zum Begriffsverständnis von politischer Online-Partizipation. In I. Engelmann, M. Legrand, & H. Marzinkowski (Hrsg.), *Politische Partizipation im Medienwandel* (S. 53-76). Berlin <https://doi.org/10.17174/dcr.v6.3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Empfohlene Zitierung: Legrand, M., Kessler, S. H., & Eisenreich, C. (2019). Politische Inhalte liken, teilen und im Internet lesen – Zum Begriffsverständnis von politischer Online-Partizipation. In I. Engelmann, M. Legrand, & H. Marzinkowski (Hrsg.), *Politische Partizipation im Medienwandel* (S. 53-76). doi: 10.17174/dcr.v6.3

Zusammenfassung: Der vorliegende Beitrag adressiert mögliche Unterschiede im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Begriffsverständnis von *politischer Online-Partizipation*. Die Basis für den Vergleich bilden eine deduktive Analyse existierender Definitionen von politischer Online-Partizipation im Schnittpunkt der kommunikations- und politikwissenschaftlichen Literatur und eine sich anschließende Online-Befragung. Neben Ähnlichkeiten zeigen sich auch Unterschiede: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler identifizieren bspw. *Kreativität* und *Effektivität* in der Online-Partizipation. Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger ist bereits die reflektierte und ernst gemeinte Auseinandersetzung mit politischen Inhalten im Begriff enthalten und bildet überdies ein zentrales Abgrenzungskriterium zur politischen Pseudo-Partizipation online. Eine Ausweitung der wissenschaftlichen Definition wird nicht empfohlen, wenn situationsspezifisch unterschiedliche Formen und normative Qualitäten politischer Online-Partizipation berücksichtigt werden.

Lizenz: Creative Commons Attribution 4.0 (CC-BY 4.0)

Marie Legrand, Sabrina Heike Kessler & Camilla Eisenreich

Politische Inhalte liken, teilen und *im Internet lesen* - Zum Begriffsverständnis von politischer Online-Partizipation

1 Einleitung

„Wer Demokratie sagt, meint Partizipation“, erklärt van Deth (2009, S. 141) und stellt damit die Relevanz von politischer Beteiligung der Bevölkerung für eine demokratische Gesellschaft heraus. Allerdings ist oft unklar, was genau mit politischer Partizipation gemeint ist. Im Rahmen maximalistischer Demokratiekonzepte¹ wird häufig auf die Definition von Schmidt (2010) verwiesen, wonach politische Partizipation die „politische Beteiligung möglichst vieler über möglichst vieles, und zwar im Sinne von Teilnehmen, Teilhaben, Seinen-Teil-Geben einerseits und innerer Anteilnahme am Geschehen und Schicksal des Gemeinwesens andererseits“ (S. 251) bedeutet. Dieser sehr breite Zugang zu politischer Partizipation gibt allerdings noch keine Hinweise darauf, welche partizipativen Aktivitäten der Bürgerinnen

1 Neben der maximalistischen Demokratiekonzeption existieren plurale Demokratievorstellungen, wie z. B. minimale, konkurrenzdemokratische und deliberative Demokratievorstellungen (Sack, 2008), in denen Partizipation unterschiedliche Bedeutungen besitzt.

und Bürger² speziell im Online-Bereich dazuzuzählen sind und welche nicht. Mit Hilfe des Internets können Nutzerinnen und Nutzer sozial interagieren, indem sie, mit vergleichsweise geringem Aufwand und Kosten, selbst (politische) Inhalte erstellen, diese öffentlich zugänglich machen und verbreiten (Bruns, 2008; Kersting, 2014). Somit erweitert sich das Partizipationsrepertoire. In der Folge wird kontrovers diskutiert, welche Formen (zivilgesellschaftlicher) Online-Partizipation zur politischen Partizipation gehören, welche erforscht und politisch implementiert werden sollten (z. B. Baringhorst, 2014; Gaiser & Gille, 2012; Voss, 2014; Wagner, Gerlicher, & Brüggem, 2011). Arbter (2008) stellt im Zusammenhang mit Öffentlichkeitsbeteiligung fest, dass ein einheitliches Verständnis in Wissenschaft und Gesellschaft elementar für die Erforschung, Beschreibung, Vorhersage und Erklärung von Phänomenen sei. Wenn die *analytischen Definitionen* der Wissenschaft nicht mit den Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger übereinstimmen, weil diese womöglich andersartige Definitionsparameter anlegen, dann habe dies (substantielle) Folgen. Der Beitrag setzt sich daher auch mit der Rolle von subjektiven Medientheorien im Kommunikationsprozess auseinander, weil hier systematisch und empirisch auf Laienvorstellungen bzw. auf „Alltagsverständnisse und -vorstellungen von Strukturen, Funktionen und Wirkungen der Medienkommunikation“ (Stiehler, 1999, S. 14) zugegriffen wird, um gleichsam Folgen für das Medienhandeln und das politische Handeln der Bürgerinnen und Bürger zu adressieren. Aus *theoretischer Perspektive* betreffen diese Folgen die bestehenden Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen politischer Online-Partizipation und Nicht- bzw. Pseudo-Partizipation in der laufenden Debatte um die *normative Qualität und Legitimation* politischer Online-Partizipationsangebote.

In *methodischer Hinsicht* sind Erkenntnisse über mögliche Unterschiede im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Verständnis im Bereich der Skalenentwicklung von Relevanz. Der Beitrag zielt darauf ab, die theoretische und methodische Präzisierung von politischer Online-Partizipation weiter voranzutreiben um schließlich auch zu einer Einschätzung darüber zu gelangen, ob mit der Ausweitung des politischen Partizipationsrepertoires im

2 Partizipation offline wie online wird hier als bürgerseitig gedachtes Konzept verstanden, wobei andere Bezüge (politische Akteure) theoretisch möglich sind. Partizipation ist aber in der Regel bürgerzentriert und darauf gerichtet, dass das eigene politische Handeln im politischen Kontext eine gewisse Wirksamkeit entfaltet.

Online-Bereich möglicherweise eine Neujustierung der wissenschaftlichen Definition zu erwägen ist. Die Forschungsfrage (FF) adressiert daher zunächst mögliche Differenzen und fragt:

FF1: Unterscheidet sich das wissenschaftliche Begriffsverständnis von politischer Online-Partizipation vom gesellschaftlichen Verständnis?

Um sich dieser Frage in einem Problemaufriss zu nähern, werden zwei Untersuchungsziele formuliert:

1. *Theoretische Zielformulierung:* Aus theoretischer Perspektive wird zunächst eine deduktive Analyse der existierenden Definitionen von politischer Online-Partizipation im Schnittpunkt der kommunikations- und politikwissenschaftlichen Literatur vorgenommen, um aus den vielfältigen Auslegungen die grundlegenden Definitionsparameter zu extrahieren. Der Beitrag fragt nach dem, in der Literatur vorherrschenden, *konsensualen Begriffsverständnis* und nach, den Begriff kennzeichnenden, expliziten und impliziten analytischen Merkmalen, ebenso wie nach normativen Qualitätsmerkmalen von politischer Online-Kommunikation (Punkt 2).
2. *Empirische Zielformulierung:* Aufbauend auf der deduktiven Analyse wird in einem zweiten Schritt das gesellschaftliche Verständnis (*konzeptuelles Verständnis*) von politischer Online-Partizipation empirisch ermittelt und mit dem wissenschaftlichen Verständnis verglichen. Dabei sollen mögliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Begriffsverständnis herausgestellt werden (Punkte 3 und 4).

2 Deduktive Begriffsanalyse politischer Online-Partizipation

Der Blick in die kommunikationswissenschaftliche Literatur zeigt, dass das Begriffsverständnis von politischer Online-Partizipation kontrovers und hochgradig dispers ist. Partizipation meint beteiligen, teilhaben, mitwirken, mitbestimmen, einbeziehen (Voss, 2014). Wie diese Beteiligung aber konkret aussehen soll, dazu gibt es, abhängig von der Demokratievorstellung der Forschenden und

den (technischen) Möglichkeiten, unterschiedliche Vorstellungen (Carpentier & Dahlgren, 2011; Schmidt, 2010).

2.1 Vorgehen bei der deduktiven Analyse

Im Rahmen der Begriffsanalyse wurden von 2008 bis 2016 erschienene, deutschsprachige, wissenschaftliche Publikationen untersucht (Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Lehrbücher, Sammelbände und Special Issues). Die stichwortgeleitete Recherche fand online mittels des Online-Katalogs der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB) Jena und Google-Scholar statt. Folgende Lexeme wurden gesucht: *politische Partizipation*, *politische Online-Partizipation*, *politische Beteiligung* und *E-Partizipation*. Auswahlkriterium war einerseits die inhaltliche thematische Auseinandersetzung mit Phänomenen der politischen Online-Partizipation und andererseits das explizite Vorhandensein von Definitionen sowohl im theoretischen als auch im empirischen Teil der Publikationen. Die deduktive Analyse folgte dem theoretischen Sampling (Glaser & Strauss, 1998; Strübing, 2001), als gegenstandsbezogene Auswahl bis zum Punkt der theoretischen Sättigung (N = 60). Diese Vorgehensweise wurde gewählt, weil angenommen werden kann, dass sich die definitorische Bestimmung von politischer Online-Partizipation (zumindest) derzeit noch überwiegend unter Rückgriff auf existierende Definitionen der klassischen politischen Partizipation im Offline-Bereich realisiert (z. B. Kaase, 1992; Schmidt, 2010; van Deth, 2009, 2011).

2.2 Ergebnisse: Analytische Parameter der politischen Online-Partizipation

Die existierenden Definitionen *klassischer* politischer Partizipation lassen sich vor allem auf zwei wiederkehrende Merkmale verdichten: In der Literatur herrscht geteilter Konsens über den intentionalen Charakter politischer Partizipation. Partizipation ist demnach *intentional* (und *motivational*) darauf ausgerichtet, auf den politischen Willensbildungsprozess einzuwirken (Buse & Nelles, 1975; auch Kaase, 1992; van Deth, 2009). Die Intention, politische Entscheidungsprozesse beeinflussen zu wollen, unterscheidet politische Partizipation von Partizipation in anderen Bereichen (soziale Partizipation) und

ist damit das wichtigste Kriterium politischer Partizipation. Elementar ist zudem der kreative und *aktiv schaffende* Aspekt (Jenkins, 2006; auch Carpentier & Dahlgren, 2011; Lutz, Hoffmann, & Meckel, 2014). Für das Gros der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist politische Informationskommunikation, also „einfach nur fernzusehen oder zu behaupten auf Politik neugierig zu sein (...), noch keine Partizipation“ (van Deth, 2009, S. 143; auch Carpentier & Dahlgren, 2011; Emmer, Vowe, & Wolling, 2010; Jenkins, 2006; Lutz, et al., 2014; Rucht, 2010), wenngleich es einen signifikanten positiven Zusammenhang zwischen der medialen Informationssuche und politischer Partizipation gibt (Zúniga, Molyneux, & Zheng, 2014).

Zu den zwei Kernmerkmalen *Intentionalität* und *Aktivität* tritt die *soziale Dimension* (Lutz et al., 2014), welche auf die in Interaktionen entstehenden Sozialbeziehungen gerichtet ist (Kaase & Marsh, 1979; Lutz et al., 2014). Gaukel (2016) führt *Diskursivität* und *gemeinschaftliche Entscheidungsfindung* als Merkmale von politischer Partizipation an. Entgegen dieser Sichtweise argumentieren Carpentier und Dahlgren (2011), dass ausschließlich die direkte Beteiligung an Entscheidungen, nicht aber die Entscheidungsfindung unter dem Begriff der Partizipation subsumiert werden kann. Wenn Partizipation allerdings als sozialer Akt verstanden wird, dann sind sowohl die Beteiligung selbst als auch die im Prozess der diskursiven Entscheidungsfindung hervortretenden Handlungen in die Begriffsbestimmung von Partizipation einzubeziehen.

Über diese expliziten Definitionsparameter von Partizipation hinaus lassen sich der Literatur weitere implizite Merkmale entnehmen. Zu diesen gehört die *freiwillige* Verantwortungsübernahme im öffentlichen Raum (Carpentier & Dahlgren, 2011; Gaukel, 2016; van Deth, 2009), welche gewährleistet, dass die/der Einzelne (oder eine Gruppe) für die eigenen Interessen bzw. Meinungen eintritt (Lutz et al., 2014; van Deth, 2009). Mit der freiwilligen Verantwortungsübernahme im öffentlichen Raum ist gleichsam das Merkmal *Öffentlichkeit* angesprochen. Die Möglichkeiten des Zuganges und der Teilnahme am Diskurs im öffentlichen Raum sind für alle Akteurinnen, Akteure und Akteursgruppen der politischen Partizipation gegeben. In der persönlichen Dimension steht die öffentliche Komponente von Partizipation in Verbindung mit der Intentionalität des Einzelnen im Vordergrund. *Öffentliche* politische Partizipationskommunikation unterscheidet sich grundlegend von interpersonaler politischer Kommunikation (Emmer et al., 2010; Gaukel, 2016; van Deth, 2011).

Wenn man annimmt, dass politische Online-Partizipation im Wesentlichen der klassischen politischen Partizipation entspricht, mit dem Unterschied, dass Erstgenannte *medial vermittelt* bzw. mit Mitteln der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) (z. B. Albrecht et al., 2008; Breitweiser, 2012) stattfindet, dann ließe sich politische Online-Partizipation wie folgt fassen:

Politische Online-Partizipation ist die freiwillige, aktive und öffentliche Interaktion mit anderen Bürgerinnen und Bürgern oder politischen Verantwortlichen über das Internet, mit der Intention, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen.

2.3 *Ergebnisse: Normative Sollensvorstellungen und Kategorisierungen politischer Online-Partizipationsangebote*

Neben dem Transfer der analogen Partizipationsformen in den Online-Bereich (z. B. Teilnahme an Petitionen) bietet das Social Web weitere Möglichkeiten und Formen sich zu beteiligen: „Online participation is the creation and sharing of content on the Internet addressed at a specific audience and driven by a social purpose“ (Lutz et al., 2014, Abs. 2). Mit der Ausweitung des Partizipationsrepertoires stellt sich zunehmend dringlich die Frage nach der Einordnung konkreter partizipativer Aktivitäten (publikumszentriert) einerseits und spezifischer Applikationen und Web-Anwendungen (medienzentriert) andererseits in das Konzept der politischen Online-Partizipation. Normative Qualitätskriterien politischer Online-Partizipation bilden, aus demokratietheoretischer Perspektive, hier einen Ansatzpunkt für die Einordnung und Beurteilung von Beteiligungsinstrumenten und Partizipationsgraden: Qualitativ hochwertige und normativ wünschenswerte Partizipation ist aus Sicht der (Kommunikations-)Wissenschaft eine selbstbestimmte und selbstgestaltete Handlung, die auf rationalen Argumenten basiert und für andere vollkommen transparent und nachvollziehbar ist. Partizipation erzielt eine (zu erwartende) Wirkung auf Mitbürgerinnen und Mitbürger und politische Verantwortliche und somit können politische Entscheidungen zum Wohle aller beeinflusst werden. Als normative Qualitätsmerkmale politischer (Online-)Partizipation lassen sich in der Literatur folglich das *Handlungsspektrum*, *Effektivität* (Wagner et al., 2011), *Transparenz* (Alcántara, Bach, Kuhn, & Ullrich, 2016; Kersting, 2014) und *Rationalität* (Kersting, 2014; Kollec, 2013) ausmachen.

Insgesamt sind in der einschlägigen Literatur eine Vielzahl an Klassifikationen und Typologien zu verzeichnen, welche die graduellen Abstufungen von Partizipation teilweise, je nach Breite des Verständnisses, recht unterschiedlich modellieren. Wagner et al. (2011) beispielsweise unterscheiden drei Arten politischer Online-Partizipation: (1) *sich positionieren*, (2) *sich einbringen* und (3) *andere aktivieren*. Die Partizipationspyramide von Baringhorst (2014), als ein Beispiel für einen breiten Zugang zu (zivilgesellschaftlicher³) Beteiligung, nimmt demgegenüber eine detailliertere Differenzierung der Qualität zivilgesellschaftlichen Handelns vor: Den Sockel der Pyramide bilden das *Zuschauen*, *Lesen* und *Zuhören*. Sich (politisch) zu informieren ist hier in das Konzept von Online-Partizipation eingeschlossen. Etwas aktiver ist der *Clicktivism* (z. B. Petitionen online unterzeichnen), gefolgt vom *Spenden an eine politische Organisation* oder dem *politischen Konsum*. Das *Weiterleiten von (gesellschaftlich relevanten) Nachrichten* und das *Netzwerken* (allgemein) bildet die vorletzte Stufe zivilgesellschaftlicher Partizipation. Die normativ wünschenswerteste, aber vergleichsweise selten vorkommende Form der Partizipation ist das *kreative Producersage* (z. B. politische Initiativen gründen und politischer *User generated content*). Ähnliche Skalierungen der politischen Beteiligungsmöglichkeiten finden sich auch bei anderen Autorinnen und Autoren (z. B. Reichert & Panek, 2014; Wagner & Gebel, 2014). Die Diversität der Klassifikationen und Typologien mündet unweigerlich in eine wissenschaftliche Diskussion um (potentiell) normative Gefährdungen in Zusammenhang mit den Phänomenen der Symbolpolitik im Netz, die (derzeit) unter den Stichworten *Pseudo-Partizipation* (Voss, 2014), *Alibi-Partizipation* (Wagner & Brüggem, 2012), sowie *niederschwelliger Partizipation* (Baringhorst, 2014; Jöckel, Kamps, & Potz, 2014) verhandelt werden.

Die vorangegangenen Ausführungen dienen der Identifikation expliziter und impliziter Kennzeichen von politischer Online-Partizipation. Tabelle 1 stellt die extrahierten Merkmale in einer Übersicht dar.

Als Ergebnis der Analyse zeigt sich, dass politische Online-Partizipation in der Wissenschaft als aktiv schöpferische Handlung verstanden wird, die das Ziel hat, den politischen Entscheidungsprozess durch freiwillige soziale Interaktionen öffentlich über das Internet zu beeinflussen. Dabei wird normativ davon

3 Zivilgesellschaft bildet einen breiteren Rahmen, unter dem sich politische und soziale Partizipation entfalten kann (Steinbrecher, 2009). Der Fokus liegt hier auf der politischen Komponente von Partizipation.

Tabelle 1: Übersicht über die analytischen und normativen Merkmale von politischer Online-Partizipation

Merkmal (analytisch)	Erläuterung	Autorinnen und Autoren
intentional	Der politische Prozess wird bewusst und absichtlich beeinflusst.	Lutz et al., 2014; Obermaier, Haim, & Reinemann, 2014; van Deth, 2009; Voss, 2014
aktiv schöpferisch	Politische Inhalte werden nicht nur rezipiert, sondern selbst erstellt.	Lutz et al., 2014; Emmer et al., 2010; Rucht, 2010; van Deth, 2009
sozial	Es handelt sich immer um eine Interaktion mit anderen Bürgerinnen und Bürgern.	Alcántara et al., 2016; Gaukel, 2016; Lutz et al., 2014
freiwillig	Die intrinsische Motivation garantiert die persönliche Meinung.	Gaukel, 2016; Obermaier et al., 2014; van Deth, 2009
öffentlich	Die Möglichkeit zur Beteiligung am politischen Diskurs im öffentlichen Raum besteht ausnahmslos.	Alcántara et al., 2016; Gaukel, 2016; Obermaier et al., 2014; Emmer et al., 2010; van Deth, 2009
medial vermittelt	Der Kommunikationskanal ist das Internet und wird durch den Begriffsteil „online“ apriori bestimmt.	Albrecht et al., 2008; Breitweiser, 2012; Lutz et al., 2014

ausgegangen, dass die Qualität der partizipativen Handlung zunimmt, wenn sie selbstbestimmt, effektiv sowie transparent ist und aus rationalen Gründen geschieht (Albrecht et al., 2008; Breitweiser, 2012; Emmer et al., 2010; Fraas, Meier, & Pentzold, 2012; Gaukel, 2016; Kersting, 2014; Kollec, 2013; Lutz et al., 2014; Rucht, 2010; van Deth, 2009, 2011; Voss, 2014; Wagner et al., 2011). Aus der deduktiven Analyse ergibt sich folglich eine Grundstruktur aus sechs *analytischen* und vier *normativen* Merkmalen, die das konsensuale wissenschaftliche

Merkmal (normativ)	Erläuterung	Autorinnen und Autoren
Handlungsspektrum	Das Handeln soll völlig selbstbestimmt und nicht durch strukturelle oder inhaltliche Vorgaben eingeschränkt sein.	Wagner et al., 2011
Effektivität	Der (zu erwartende) Einfluss auf den politischen Prozess ist wirksam.	Wagner et al., 2011
Transparenz	Das Handeln soll nachvollziehbar sein.	Alcántara et al., 2016; Kersting, 2014
Rationalität	Das Handeln soll auf einer intensiven, reflektierten Auseinandersetzung mit dem politischen Thema basieren und nicht von Emotionen geleitet sein.	Kersting, 2014; Kollec, 2013

Verständnis in komprimierter Form widerspiegeln und in der Folge die explorative Ermittlung des konzeptuellen Begriffsverständnisses von politischer Online-Partizipation in der Bevölkerung anleiten. Folgende Fragestellungen sind für die empirische Untersuchung erkenntnisleitend:

FF2: Wie verstehen Bürgerinnen und Bürger politische Online-Partizipation?

FF3: Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten gibt es zwischen dem wissenschaftlichen und dem gesellschaftlichen Begriffsverständnis?

3 Anlage der empirischen Untersuchung des konzeptuellen Begriffsverständnisses

Die aus der Literatur extrahierten Kennzeichen politischer Online-Partizipation gehen in die Konstruktion eines teilstandardisierten Online-Fragebogens zur Ermittlung des *konzeptuellen Begriffsverständnisses* der deutschen Bürgerinnen und Bürger zur politischen Online-Partizipation ein. Das konzeptionelle Begriffsverständnis wird hier in Anlehnung an das, der Mathematik entlehnte, *concept image* von Tall und Vinner (1981)⁴ als ein mentales Netzwerk begriffen. Das mentale Netzwerk ist zusammengesetzt aus den gedanklichen Assoziationen einerseits und dem Umgang mit dem Begriff der politischen Online-Partizipation andererseits. Neben (faktischen) Eigenschaften, die das Erkennen von Phänomenen erlauben, sind demnach auch die subjektiv individuellen Vorstellungen über politische Online-Partizipation entscheidend (Tall & Vinner, 1981).

3.1 Vorgehen bei der Online-Befragung

Im Rahmen einer einmonatigen Online-Befragung im Juni/Juli 2016 wurden mittels SoSci-Survey 199 Personen zwischen 19 und 67 Jahren ($M_{\text{Alter}} = 32,16$; $SD = 12,65$; 59% weiblich) nach ihrem Begriffsverständnis von politischer Online-Partizipation befragt. 267 Personen fingen an, den Fragebogen auszufüllen. Die Ausschöpfungsquote der Befragung lag bei 75 Prozent. Im Mittelpunkt der Befragung stehen das individuelle Verständnis von politischer Online-Partizipation in Zusammenhang mit spezifischen Formen bzw. Angeboten im Internet. Aufgrund des explorativen Charakters der Untersuchung enthält der Fragebogen sowohl offene als auch geschlossene Fragen, um das Begriffsverständnis umfassend zu eruieren (Alwin, 2010). Überdies wurden unterschiedliche technische Antwortformate (Likertskala, Rangzuordnung, Schieberegler und semantisches Differential) eingesetzt.

Der Online-Fragebogen erfasst zunächst die, mit dem Begriff verbundenen, Assoziationen in Form eines semantischen Differentials. In Anlehnung an Loosen und Weischenberg (2000), die in ihrer Studie zum Online-Journalismus Assoziationen zum

4 Ebenso in Anlehnung an den *conception*-Begriff von Sfard (1991).

Begriff der Interaktivität bei Rezipierenden und Kommunikatorinnen und Kommunikatoren untersuchten, wurden 15 Begriffspaare aus der deduktiven Literaturanalyse gebildet, um die unterschiedlichen Konnotationen des Partizipationsbegriffes standardisiert zu erheben und ein (spezielles) Profil für den Begriff zu erstellen. Konstruiert wurden dabei Begriffspaare, welche Bezug zu den *analytischen* (z. B. aktiv/passiv; öffentlich/privat) wie *normativen* (z. B. effektiv/ineffektiv; anonym/transparent) Merkmalen der Literaturanalyse aufweisen und ebenso Paare, die im Zusammenhang mit der *Diffusion und Nutzung* (z. B. alltäglich/ausnahmsweise; utopisch/realistisch) sowie der *Handhabung* (z. B. einfach/kompliziert, chaotisch/geordnet) von Angeboten der politischen Online-Partizipation stehen. Im Ergebnis der Einstellungsmessung können Aussagen über die Richtung und die Intensität der, mit dem Sachverhalt politischer Online-Partizipation verbundenen, Assoziationen getroffen werden.

Die Wahrnehmung und das Erkennen von Angeboten und Aktivitäten zur politischen Online-Partizipation ist zudem aus der Perspektive subjektiver Medientheorien bedeutsam. (Fehl-)Wahrnehmungen können sowohl handlungsrelevante Konsequenzen für das individuelle Medienhandeln als auch für das politische Beteiligungshandeln online zeitigen. Symbolische Pseudo-Partizipation online kann dann als Gegenpol zu echter Online-Partizipation gesehen werden. Die mit politischer Pseudo-Partizipation verbundenen Online-Aktivitäten haben dann keine bzw. kaum (realweltliche) Konsequenzen auf das politische Entscheidungshandeln. Das normative Merkmal der Effektivität, also eines zu erwartenden Einflusses auf den politischen Prozess, ist unwirksam, so die Annahme. Um eine relative Abgrenzung der politischen Online-Partizipation zur politischen Pseudo-Partizipation online ermitteln zu können⁵, wurden die Befragten gebeten in einer offenen Frageform ihr Verständnis von politischer Pseudo-Partizipation online und darunter zu summierende Online-Aktivitäten beispielhaft darzulegen.

Da politische Online-Partizipation zentral mit den jeweiligen Online-Aktivitäten verknüpft ist, sollen überdies einzelne Aktivitäten durch die Bürgerinnen und Bürger bewertet werden. Die (methodische) Grundlage der Bewertung bilden Erkenntnisse der Evaluations- und Publikumsforschung, in denen Bewertungen als verfügbare Informationen zu Sachverhalten, Maßnahmen oder Programmen kombiniert mit individuellen

5 Die Abgrenzung von Partizipation und Pseudo-Partizipation bezieht sich dabei explizit auf den politischen Bereich, nicht auf Aktivitäten sozialer Partizipation.

Wert[ein]schätzungen zu einem Gesamturteil verbunden werden. Die so ermittelten Bewertungen können im Ergebnis die Legitimation von politischen Online-Partizipationsangeboten demonstrieren und kommunizieren (Stockmann & Hennefeld, 2016, S. 117-118). Methodisch wird die Bewertung einzelner Aktivitäten durch die Bürgerinnen und Bürger mittels einer bipolaren Skala („ist politische Online-Partizipation“ und „ist keine politische Online-Partizipation“) ermittelt. Das Spektrum der Items umfasst dabei sowohl niederschwellige Partizipationsformen, wie bspw. den „Besuch von Politikerinnen-/Politiker-Websites“ als auch normativ höherwertige Aktivitäten, wie die „Teilnahme an politischen Online-Versammlungen“ (virtuelle Parteitage), die auf Basis der Literaturanalyse formuliert wurden. Um den Zusammenhang weiter zu modellieren, bewerten die Befragten in drei Ordnungsaufgaben zudem sieben Online-Aktivitäten⁶ hinsichtlich des *Aufwandes*, der *Effektivität* und des *Partizipationsgrades*. *Effektivität* und *Aufwand* sind bewährte Bewertungskriterien der Evaluation. *Effektivität* stellt das Maß dar, in dem es den Nutzenden gelingt, ihr Vorhaben zu realisieren (Stockmann & Hennefeld, 2016). *Effektivität* zielt hier auf die Bewertung des (vermuteten) Einflusses der einzelnen Aktivitäten auf (tatsächliche) politische Entscheidungen. *Aufwand* als Indikator erfasst die eingeschätzten persönlichen Aufwendungen (z. B. kognitiv und zeitlich), die betrieben werden müssen, um verschiedene Online-Aktivitäten auszuführen. Zudem wird der Partizipationsgrad als Bewertungskriterium erfasst. Bewertet werden die Online-Aktivitäten hinsichtlich der Entsprechung der persönlichen Vorstellungen von politischer Online-Partizipation. Aus diesen Bewertungen kann die Bedeutung der einzelnen Aktivitäten für die politische Online-Partizipation abgelesen werden.

Die Online-Aktivitäten wiederum sind eng verwoben mit den jeweiligen Online-Angeboten bzw. Plattformen, in die sie eingebettet sind. Dienste und Applikationen wie Facebook oder WhatsApp stellen in dieser Hinsicht den technischen Infrastrukturrahmen bereit, innerhalb dessen sich die partizipativen Aktivitäten inhaltlich ausgestalten (können) (Quiring & Schweiger, 2006). Insofern nehmen die Befragten auch eine Bewertung ausgewählter (populärer) Plattformen und Online-Angebote hinsichtlich ihrer Eignung für die politischen Online-Partizipation auf einer fünf-

6 Für die Rangordnungsaufgabe erfolgt eine Reduktion bzw. Verdichtung auf sieben Aktivitäten, die als prototypisch für den Bereich der politischen Online-Partizipation gelten können: *online eine Initiative gründen; eine Online-Petition unterschreiben; eine politische Information weiterleiten; einen politischen Online-Artikel lesen; online an eine politische Organisation spenden; selbst einen politischen Beitrag verfassen und einen politischen Online-Artikel liken.*

stufigen Likertskala („ist vollständig geeignet“ bis „ist vollständig ungeeignet“) im Fragebogen vor. Das Spektrum der zu bewertenden Dienste und Applikationen ist bewusst breit gewählt und erstreckt sich von Social Media-Angeboten, wie Facebook, Twitter und YouTube, über Chatdienste, wie WhatsApp und Snapchat, Webseiten von Politikerinnen/Politikern und Nachrichtenmedien (spiegel.de), bis hin zu Petitionsplattformen, wie Avaaz.de und change.org.

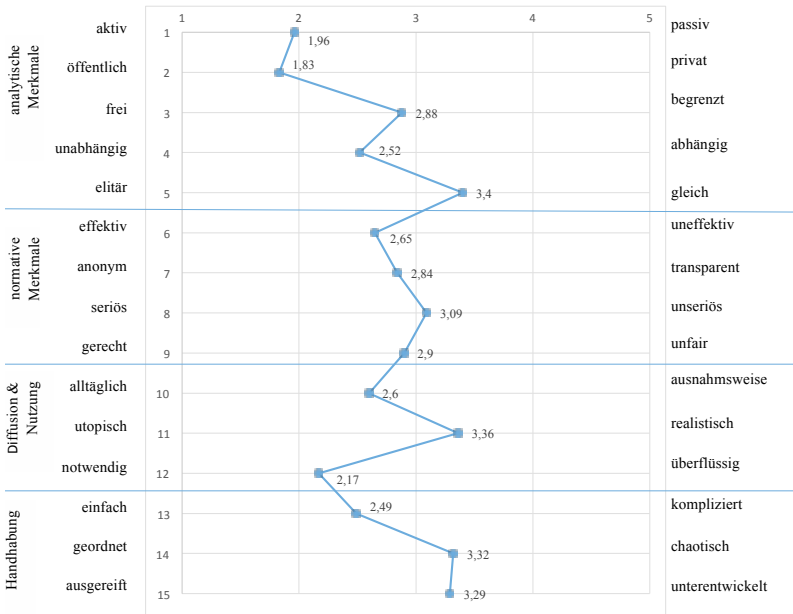
3.2 Befunde der empirischen Untersuchung: Begriffsprofil politischer Online- und Pseudo-Partizipation in der Öffentlichkeit

Die Messung der Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zu den, mit dem Sachverhalt der politischen Online-Partizipation verbundenen, Begriffen ermöglicht eine evaluative Differenzierung. Abbildung 1 visualisiert das spezielle Profil von politischer Online-Partizipation. Die Befragten erachten demnach politische Online-Partizipation durchaus als notwendig ($M = 2,17$; $SD = ,96$), alltäglich ($M = 2,60$; $SD = 1,04$) und einfach ($M = 2,49$; $SD = 1,07$), zugleich aber betonen sie den derzeit unterentwickelten ($M = 3,29$; $SD = ,87$) und chaotischen Charakter ($M = 3,32$; $SD = ,86$). Merkmale der Diffusion und Nutzung sowie der Handhabung prägen das Begriffsprofil daher entscheidend mit. Zu den klaren Konnotationen von politischer Online-Partizipation gehören vor allem die aktiv schaffende ($M = 1,96$; $SD = ,94$) und die öffentliche Komponente ($M = 1,83$; $SD = ,93$) und bestätigen damit zumindest zwei der analytischen Partizipationskriterien der Literaturanalyse. Weniger eindeutig ist die Einstellung gegenüber den normativen Kriterien *Effektivität* ($M = 2,65$; $SD = ,89$) und *Transparenz* ($M = 2,84$; $SD = 1,06$). Mit Blick auf das normative Kriterium des *Handlungsspektrums*, welches sich auf das selbstbestimmte Handeln des Einzelnen unter Abwesenheit struktureller und inhaltlicher Vorgaben bezieht, wird politische Online-Partizipation von den Befragten als vergleichsweise unabhängig ($M = 2,52$; $SD = ,96$) und chancengleich ($M = 3,40$; $SD = ,82$) bestimmt.

Insgesamt betont das Profil sowohl Merkmale aus dem Bereich der *Diffusion und Nutzung* sowie der *Handhabung* und kennzeichnet diese als ausbau- und entwicklungsbedürftig. Gleichzeitig werden aber zentrale analytische Merkmale sowie normative Qualitätskriterien in Zusammenhang mit politischer Online-Partizipation akzentuiert.

Wo verlaufen die Grenzen zwischen politischer Online-Partizipation und politischer Pseudo-Partizipation online? Die inhaltsanalytische Auswertung der offenen

Abbildung 1: Einstellungsmessung zu mit dem Sachverhalt politische Online-Partizipation verbundenen Begriffen über Mittelwerte



Antworten der Befragten ergab, dass politische Pseudo-Partizipation online vor allem bürgerseitig verortet wird. Die Befragten reflektieren dabei überwiegend das eigene Medienhandeln und das Medienhandeln anderer Bürgerinnen und Bürger. Dass seitens der Politik Angebote mit symbolischen Beteiligungscharakter gezielt eingesetzt werden (können), die nur eine scheinbare Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen erlauben, wurde kaum wahrgenommen und angesprochen. So beschreiben die Befragten *politisches Wissen* und die *Informiertheit* als Voraussetzung für die eigene politische Online-Partizipation. Das unreflektierte und ungefilterte Teilen und Liken von politischen Beiträgen wurden ebenso wie die Änderung von Facebook-Profilbildern als Solidaritätsbekundung, als Beispiele für Pseudo-Partizipation im Netz angeführt. Pseudo-Partizipation wird demnach als eine Art politisches *Mitläufertum* seitens der Bürgerinnen und Bürger gesehen.

3.3 Befunde der empirischen Untersuchung: Partizipative Aktivitäten auf Online-Plattformen

Für die Rangzuordnung verschiedener Online-Aktivitäten im Rahmen der politischen Online-Partizipation nach Aufwand, Effektivität und Partizipationsgrad durch die Befragten wurden Rangkorrelationen mittels Spearman berechnet. Im Ergebnis zeigt sich, dass nur die Rangordnungen des Aufwandes und des Partizipationsgrades signifikant korrelieren und in diesem Fall stark positiv ($\rho_{sp} = ,89; p < ,01$). Aktivitäten mit höherem Partizipationsgrad werden also als tendenziell aufwändiger eingeschätzt. So ist das „Gründen einer politischen Initiative online“ für die meisten Befragten am aufwändigsten, weist gleichzeitig den höchsten Partizipationsgrad auf und ist zudem am effektivsten von allen vorgeschlagenen Aktivitäten. Als Maß für die Lage kategorialer Daten mit nominaler Rangordnung wurde zudem der Modus gewählt und für jede einzelne Online-Aktivität ausgewiesen. Tabelle 2 gibt eine Übersicht über die Ergebnisse der drei Rangordnungsaufgaben aus dem Online-Fragebogen. Sichtbar wird, dass der Aufwand, der betrieben wird, um „einen politischen Artikel zu lesen“, mit dem Aufwand „online an eine politische Organisation zu spenden“ gleichgesetzt wird⁷. Das *Rezipieren* politischer Inhalte wird damit als vergleichsweise aufwändig eingestuft, wohingegen der Partizipationsgrad und die zugeschriebene Effektivität als gering wahrgenommen werden. Hier deutet sich eine Schere zwischen der faktischen Bestimmung des Begriffs der politischen Online-Partizipation einerseits und den subjektiven individuellen Wahrnehmungen andererseits an. Interessant ist auch, dass das „Verfassen eines politischen Beitrags“ zwar als relativ aufwändig eingestuft wird und einen entsprechend hohen Partizipationsgrad aufweist, aber als nicht sonderlich effektiv erachtet wird.

Jene Online-Aktivitäten sind eingebettet in unterschiedliche Dienste und Applikationen. Die Bewertung spezifischer Online-Dienste hinsichtlich ihrer Eignung für die politische Online-Partizipation durch die Bürgerinnen und Bürger zeigt, dass die Online-Plattformen Avaaz.de und change.org von den Befragten als am besten geeignet zur politischen Partizipation bewertet werden. Es folgen Facebook, YouTube

7 Wird der häufigste Wert der Stichprobe für jede einzelne Online-Aktivität herangezogen, können Rangplätze doppelt belegt werden. So rangieren sowohl das „Spenden an eine politische Organisation online“ als auch das „Lesen eines politischen Beitrags“ auf dem dritten Rangplatz in der Bewertung des zu betreibenden Aufwandes.

Tabelle 2: Zugewiesene Rangordnung verschiedener Online-Aktivitäten je nach Partizipationsgrad, Aufwand und Effektivität in Bezug auf politische Online-Partizipation

Aktivität	Bewertung: Partizipationsgrad	Bewertung: Aufwand	Bewertung: Effektivität
Online eine politische Initiative gründen	1 (n = 122)	1 (n = 136)	1 (n = 108)
Selbst einen politischen Beitrag verfassen	2 (n = 79)	2 (n = 121)	4 (n = 57)
Eine Online-Petition unterschreiben	3 (n = 53)	4 (n = 59)	2 (n = 56)
Online an eine politische Organisation spenden	4 (n = 39)	3 (n = 64)	3 (n = 61)
Eine politische Information weiterleiten	5 (n = 71)	6 (n = 74)	5 (n = 77)
Einen politischen Online-Artikel liken	6 (n = 75)	7 (n = 102)	6 (n = 80)
Einen politischen Online-Artikel lesen	7 (n = 102)	3 (n = 48)	7 (n = 127)

Anmerkung: n = 199; Zugewiesene Rangordnung über den Modalwert der jeweiligen Online-Aktivitäten

und Twitter. Die Plattform Snapchat eigne sich hingegen kaum (Tab. 3). Der mobile Chatdienst WhatsApp bewegt sich hier im Mittelfeld der eingeschätzten Eignung für die politische Online-Kommunikation. Diese Bewertung überrascht, da es sich hier um vergleichsweise stark eingeschränkte öffentliche Kommunikation handelt⁸.

8 Zum Zeitpunkt der Befragung konnte bei WhatsApp nur in privaten Gruppen- oder Einzelchats kommuniziert werden. D. h. ein kommunikativer Austausch konnte nur entstehen, nachdem eine Einladung bzw. Anfrage und Bestätigung versendet wurde.

4 Diskussion der Befunde der theoretischen und empirischen Analyse zum Verständnis politischer Online-Partizipation

Insgesamt zeigt sich, dass sich das wissenschaftliche und gesellschaftliche Verständnis von politischer Online-Partizipation ähneln, da das Ziel immer der Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess mit online zur Verfügung gestellten Mitteln ist. Der wesentliche Unterschied besteht jedoch in der Forderung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach Kreativität und Effektivität in der Online-Partizipation. Sie berufen sich auf aktiv schaffende Bürgerinnen und Bürger, deren Handeln konkrete Konsequenzen für die Politik hat, während für die Bürgerinnen und Bürger die reflektierte und ernst gemeinte Auseinandersetzung mit politischen Inhalten zur persönlichen oder allgemeinen Willensbildung bereits ausreichend zu sein scheint und das entscheidende Abgrenzungskriterium zur Pseudo-Partizipation darstellt. Damit ist das gesellschaftliche Verständnis von politischer Online-Partizipation weiter gefasst als das wissenschaftliche. Auf Basis dieser Ergebnisse ist die Sinnhaftigkeit einer Neujustierung der wissenschaftlichen Definition, als Erweiterung um den Bereich der niederschweligen

Tabelle 3: Eignung von Online-Plattformen für politische Online-Partizipation

Plattform	Mittelwert	(SD)
Avaaz.de + Change.org	4,05	(1,13)
Facebook	3,97	(1,15)
YouTube	3,90	(1,03)
Twitter	3,85	(1,25)
Instagram	2,48	(1,10)
WhatsApp	2,28	(1,19)
Jodel	2,25	(1,15)
Flickr	2,06	(0,95)
Snapchat	2,05	(1,11)

Anmerkung: n = 199; Bewertung der Online-Plattformen in Bezug auf ihre Eignung für politische Online-Partizipation auf einer Fünfer-Skala (1 = völlig ungeeignet; 5 = vollständig geeignet)

Online-Partizipation und den damit zusammenhängenden normativen Gefahren zu thematisieren. Ein fehlender direkter politischer Einfluss der Symbolpartizipation wird seitens der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kritisch gesehen: So suggeriert Pseudo-Partizipation (Voss, 2014) oder Alibi-Partizipation (Wagner & Brüggem, 2012) Effekte politischer Beteiligung ohne tatsächliche Auswirkungen und stellt somit eine *Fehlform* (Wagner, 2014) der Partizipation dar. Die Kritik richtet sich dabei hauptsächlich gegen Online-Aktivitäten, wie das Liken auf Facebook, bei denen sich Nutzerinnen und Nutzer durch wenige Klicks politisch positionieren können. In der Politik- und Kommunikationswissenschaft wird diese Form als niederschwellige Partizipation, Clicktivism oder Slacktivism diskutiert (Baringhorst, 2014; Jöckel et al., 2014). Kersting (2014) benennt unter Berufung auf Marichal (2010) dieses Engagement als eine Mikroaktivität, „die weder darauf abzielt, neue Beteiligung zu schaffen oder ein Thema auf die politische Agenda zu setzen, sondern lediglich versucht individuell eine ‚aktivistische Identität‘ zu schaffen“ (S. 79). Gleichsam befürchtet er, dass die Beteiligung mit wenigen Klicks oft ohne Reflexion des politischen Konflikts getätigt würde. Befürworterinnen und Befürworter der Symbolpartizipation sehen das Potenzial hingegen darin, dass auch politisch weniger interessierte Bürgerinnen und Bürger zur politischen Online-Partizipation angeregt werden können (Gaukel, 2016; Hohmann & Faas, 2014).

Wagner und Brüggem (2012) vertreten eine komplexere Sichtweise und argumentieren, es müsse immer *situationsspezifisch* entschieden werden, ob es sich um politische Partizipation handelt: „Der Klick auf den ‚Gefällt mir‘-Button oder die Bewertung bestimmter Dinge nach Sternen oder Punkten (...) reicht nicht aus, um das Handeln der Subjekte in Bezug auf Partizipation einzuschätzen“ (S. 16). Niederschwellige Partizipation kann folglich, abhängig vom sozialräumlichen Kontext und zugehöriger Artikulation, unterschiedlich bewertet werden. So kann das Liken einerseits ein Akt politischer Partizipation sein, wenn es wohlüberlegt ist und eine Aussage transportieren soll, andererseits kann es der Fehlpartizipation entsprechen, wenn sich Nutzende vorher nicht ausreichend informieren oder nur aus Gruppenzwang handeln (Wagner & Brüggem, 2012).

Anhand der Symbolpartizipation wird deutlich, dass die vielfältigen Möglichkeiten des Internets die Abgrenzungsschwierigkeiten der politischen Online-Partizipation weiter erhöhen. Eine Neujustierung der wissenschaftlichen Definition ist dennoch nicht unbedingt empfehlenswert, denn mit einer breiteren Definition besteht eine erhöhte Gefahr, unpräzise in der Erfassung von politischer Online-

Partizipation zu werden und auch Aktivitäten miteinzubeziehen, die, abhängig von der Situation, auch ohne politische Intention ausgeführt werden können. Demnach ist es sinnvoll in der Forschung durchaus die enge Definition beizubehalten, aber immer mit dem Zusatz, dass es sich um Formen mit höchster normativer Qualität handelt und weitere Formen der politischen (Online-)Beteiligung mit geringerer Qualität (ko-)existieren. Auch niederschwellige politische Online-Partizipationsangebote, wie das Lesen und Liken von politischen Online-Artikeln, werden durch die Bürgerinnen und Bürger als partizipativ wahrgenommen und als solche legitimiert und haben aus der Perspektive subjektiver Medientheorien Folgen für politische Beteiligungsprozesse online.

5 Limitationen

Die vorliegende Arbeit sieht sich mit einigen Einschränkungen konfrontiert, die bei der Einordnung der Befunde berücksichtigt werden müssen: Die Literaturanalyse bleibt vor allem auf die deutschsprachige Literatur im Schnittpunkt der Kommunikations- und Politikwissenschaft ab 2008 beschränkt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich möglicherweise auf internationaler Ebene weitere (explizite wie implizite) Merkmale der politischen Online-Partizipation finden lassen. Für zukünftige Untersuchungen wären hier ein umfangreicheres systematisches Literaturreview oder eine Metaanalyse zielführend.

Mit 199 Teilnehmenden der Online-Befragung ist die Stichprobe hier vergleichsweise gering und nicht repräsentativ. Die Online-Befragung basiert auf den Selbsteinschätzungen der Bürgerinnen und Bürger. Wie und ob bereits ein detailliertes Verständnis von politischer Online-Partizipation bei den Befragten vorlag, konnte hingegen nicht kontrolliert werden. Auch soziale Erwünschtheit im Antwortverhalten z. B. bezüglich der Bekanntheit und Wichtigkeit konkreter Social Media-Anwendungen kann, trotz der Anonymität bei der Online-Befragung, nicht vollständig ausgeschlossen werden. Zudem wurde der explorativen Arbeit ein (relativ) breites Verständnis von politischer Partizipation zu Grunde gelegt, welches auch auf eine begriffliche Unterscheidung zwischen Engagement und Partizipation verzichtete. Mögliche Effekte sind dabei nicht auszuschließen (Lutz et al., 2014).

Für künftige Studien wäre es denkbar in diesem Bereich weiter mit Fokusgruppengesprächen (Lutz, 2016) zu arbeiten oder qualitative Einzelinterviews zu führen, um zu einem tiefergehenden Begriffsverständnis von politischer Online-Partizipation in der Bevölkerung zu gelangen. Ein relationaler Blick, welcher, geleitet durch subjektive Medientheorien, neben den analytischen auch die normativen Zugänge stützt, kann aus der Perspektive der Autorinnen dabei den Erkenntnisgewinn weiter steigern.

Marie Legrand, M. A. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Dr. Sabrina Heike Kessler ist Oberassistentin am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich.

Camilla Eisenreich, B. A. ist Absolventin der Kommunikationswissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Quellenverzeichnis

- Albrecht, S., Kohlrausch, N., Kubicek, H., Lippa, B., Märker, O., Trénel, M., & Wiedwald, C. (2008). *E-Partizipation - Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern*. Bremen: Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH. Abgerufen von <http://www.ifib.de/publikationsdateien/ifib-zebralog-e-partizipation-lang.pdf>
- Alcántara, S., Bach, N., Kuhn, R., & Ullrich, P. (Hrsg.) (2016). *Demokratietheorie und Partizipationspraxis. Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer Verfahren*. Wiesbaden: Springer VS.
- Alwin, D. F. (2010). How good is survey measurement? Assessing the reliability and validity of survey measures. In P. V. Marsden, & J. Wright (Hrsg.), *Handbook of Survey Research* (S. 405-434). London: Emerald Group Publishing Limited.
- Arbter, K. (2008). *Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung. Leitfaden*. Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

- Baringhorst, S. (2014). Internet und Protest. Zum Wandel von Organisationsformen und Handlungsrepertoires – Ein Überblick. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation: Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet* (S. 92-113). Wiesbaden: Springer VS.
- Breitweiser, S. (2012). Modellprojekte zur ePartizipation. In K. Lutz, E. Rösch, & D. Seitz (Hrsg.), *Partizipation und Engagement im Netz. Neue Chancen für Demokratie und Medienpädagogik* (S. 125-136). München: kopead.
- Bruns, A. (2008). *Blogs, Wikipedia, Second Life, and beyond – From production to produsage*. New York, NY: Peter Lang.
- Buse, M. J., & Nelles, W. (1975). Formen und Bedingungen der Partizipation im politischen / administrativen Bereich. In U. von Alemann (Hrsg.), *Partizipation, Demokratisierung, Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur und Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung* (S. 41-78). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Carpentier, N., & Dahlgren, P. (2011). Introduction: Theoretical Horizons of Participation. *Communication Management Quarterly*, 6(21), 7-12.
- Emmer, M., Vowe, G., & Wolling, J. (2010). *Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland*. Konstanz: UVK.
- Fraas, C., Meier, S., & Pentzold, C. (2012). *Online-Kommunikation. Grundlagen, Praxisfelder und Methoden*. München: Oldenburg Verlag.
- Gaiser, W., & Gille, M. (2012). Soziale und politische Partizipation. Trends, Differenzierungen, Herausforderung. In T. Rauschenbach, & W. Bien (Hrsg.), *Aufwachsen in Deutschland. AID:A – Der neue DJI-Survey* (S. 136-159). Einheim/Basel: Beltz Juven.
- Gaukel, C. M. (2016). Interaktion und Partizipation im Social Web. *Journal für Korporative Kommunikation*, 1, 43-57.
- Glaser, B. G., & Strauss, A. L. (1998). *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*. Göttingen: H. Huber.
- Hohmann, D., & Faas, T. (2014). Politik – gefällt mir?! Soziale Online-Netzwerke als neue Quelle politischer Information. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation: Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet* (S. 248-261). Wiesbaden: Springer VS.
- Jenkins, H. (2006). *Convergence Culture*. New York, NY: New York University Press.

- Jöckel, S., Kamps, K., & Potz, A. (2014). Digitale Partizipation Jugendlicher. In J. Einspänner-Pflock, M. Dang-Anh, & C. Thimm (Hrsg.), *Digitale Gesellschaft - Partizipationskulturen im Netz* (S. 148-168). Münster: Lit Verlag.
- Kaase, M. (1992), Politische Beteiligung. In: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), *Lexikon der Politik. Band 3: Die westlichen Länder* (S. 339-346). München: C. H. Beck.
- Kaase, M., & Marsh, A. (1979). Political action. A Theoretical Perspective. In S. H. Barnes, & M. Kaase (Hrsg.), *Political action: mass participation in five western democracies* (S. 27-56). Beverly Hills, London: Sage Publications.
- Kersting, N. (2014). Online Beteiligung – Elektronische Partizipation – Qualitätskriterien aus Sicht der Politik. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation: Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet* (S. 53-87). Wiesbaden: Springer VS.
- Kollec, A. (2013). Kollektive Meinungsbildung Online. Der Einfluss von Webseiten auf politische Online-Diskussion. In M. Kneuer (Hrsg.), *Bereicherung oder Stressfaktor? Überlegungen zur Wirkung des Internets auf die Demokratie* (S. 125-144). Baden-Baden: Nomos.
- Loosen, W., & Weischenberg, S. (2000). Online-Journalismus. Mehrwert durch Interaktivität? In K.-D. Altmeyden, H.-J. Bucher, & M. Löffelholz (Hrsg.), *Online-Journalismus. Perspektiven für Wissenschaft und Praxis* (S. 71-93). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lutz, C. (2016). A Social Milieu Approach to the Online Participation Divides in Germany. *Social Media + Society*, 2(1), 1-14. doi:10.1177/2056305115626749.
- Lutz, C., Hoffmann, C., & Meckel, M. (2014). Beyond just politics. A systematic literature review of online participation. *First Monday*, 9(7). doi:10.5210/fm.v19i7.5260
- Marichal, J. (2010). Facebook Groups: Micro-Activism and the Digital Front Stage. Abgerufen von http://microsites.oii.ox.ac.uk/ipp2010/system/files/IPP2010_Marichal_Paper.pdf
- Obermaier, M., Haim, M., & Reinemann, C. (2014). Emotionen bewegen? Ein Experiment zur Wirkung von Medienbeiträgen mit Emotionalisierungspotenzial auf Emotionen, politische Partizipationsabsichten und weiterführende Informationssuche. *Medien- & Kommunikationswissenschaft*, 62(2), 216-235. doi:10.5771/1615-634x-2014-2-216.

- Quiring, O. & Schweiger, W. (2006). Interaktivität - ten years after. Bestandsaufnahme und Analyserahmen. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 54, 5-24.
- Reichert, D., & Panek, E. (2014). Alles ist im Fluss – die fließende Ebene einer Liquid Democracy. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation: Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet* (S. 299-310). Wiesbaden: Springer VS.
- Rucht, D. (2010). *Engagement im Wandel. Politische Partizipation in Deutschland. WZBrief Zivilengagement 01*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Sack, D. (2008). Multi-Level Governance und demokratische Partizipation – Eine systematische Annäherung. In A. Brunnengräber, H.-J. Burchardt, & C. Görg (Hrsg.), *Mit mehr Ebenen zu mehr Gestaltung? Multi-Level-Governance in der transnationalen Sozial- und Umweltpolitik* (S. 41-60). Baden-Baden: Nomos.
- Schmidt, M. G. (2010). *Demokratietheorien. Eine Einführung (5. Auflage)*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sfard, A. (1991). On the Dual Nature of Mathematical Conceptions: Reflections on Processes and Objects as Different Sides of the Same Coin. *Educational Studies in Mathematics*, 22(1), 1-36.
- Steinbrecher, M. (2009). *Politische Partizipation in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Stiehler, H.-J. (1999). Subjektive Medientheorien – Zum Begriff. In B. Schorb & H.-J. Stiehler (Hrsg.), *Idealisten oder Realisten? Die deutschen Kinder- und JugendfernsehmacherInnen und ihre subjektiven Medientheorien* (S. 12-26). München: KoPäd.
- Stockmann, R., & Hennefeld, V. (2016). Evaluation und Publikumsforschung. Schnittmengen, Stellenwert und Bedeutung sowie methodische Überlegungen. In P. Glogner-Pilz & P.S. Föhl (Hrsg.), *Handbuch Kulturpublikum. Forschungsfragen und -befunde* (S.105-140). Wiesbaden: Springer.
- Strübing, J. (2001). Theoretisches Sampling. In R. Bohnsack, W. Marotzki, & M. Meuser (Hrsg.), *Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung* (S. 154-156). Opladen: Leske + Budrich.
- Tall, D., & Vinner, S. (1981). Concept Image and Concept Definition in Mathematics with particular reference to Limits and Continuity. *Educational Studies in Mathematics*, 12(2), 151-169.
- van Deth, J. W. (2009). Politische Partizipation. In V. Kaina, & A. Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch* (S. 141-161). Wiesbaden: VS Verlag.

- van Deth, J. W. (2011). Is Creative Participation Good for Democracy? In M. Micheletti, & A. S. McFarland (Hrsg.), *Creative Participation: Responsibility-Taking in the Political World* (S. 149–170). Oxford: Routledge.
- Voss, K. (2014). Internet & Partizipation – Einleitung. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation: Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet* (S. 9–24). Wiesbaden: Springer VS.
- Wagner, U. (2014). Jugend, Information und Partizipation online. Zur Differenzierung von Beteiligungsformen im Internet. In J. Einspänner-Pflock, M. Dang-Anh, & C. Thimm (Hrsg.), *Digitale Gesellschaft – Partizipationskulturen im Netz* (S. 169–188). Münster: Lit Verlag.
- Wagner, U., & Brüggem, N. (2012). Von Alibi-Veranstaltungen und „Eventdaymakers“. Ansätze von Partizipation im Netz. In K. Lutz, E. Rösch, & D. Seitz (Hrsg.), *Partizipation und Engagement im Netz. Neue Chancen für Demokratie und Medienpädagogik* (S. 53–61). München: kopaed.
- Wagner, U., & Gebel, C. (2014). *Jugendliche und die Aneignung politischer Informationen in Online-Medien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wagner, U., Gerlicher, P., & Brüggem, N. (2011). *Partizipation im und mit dem Social Web – Herausforderungen für die politische Bildung. Expertise für die Bundeszentrale für politische Bildung*. München: JFF - Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis.
- Zúniga, H., Molyneux, L., & Zheng, P. (2014). Social Media, Political Expression, and Political Participation: Panel Analysis of Lagged and Concurrent Relationships. *Journal of Communication*, 64(4), 612–634. doi:10.1111/jcom.12103